

Der schrille Markt für Firmensubventionen

Das Parlament will die Stahlindustrie mit Staatshilfe stützen, so wie es einst die Eisenbahnindustrie retten wollte.

Daniel Zulauf

Fast immer, wenn es in der Politik um Subventionen geht, steht scheinbar alles auf dem Spiel. Die Dramatik von Subventionsdebatten hat einen einfachen Grund: Jedes Parlamentsmitglied weiss, dass es keine fairen oder gerechten Subventionen gibt – beziehungsweise, dass solche staatlichen Unterstützungsleistungen oft viel weniger die Bedeutung ökonomischer Tatbestände spiegeln als vielmehr die Erfolge einzelner Lobbygruppen wiedergeben.

Diesem Muster folgte auch die jüngste Berner Subventionsdebatte, die im September damit endete, dass sich nach dem Ständerat auch der Nationalrat für ein noch zu definierendes Bündel von Massnahmen erwärmen konnte, mit dem die Nachteile der Schweizer Stahl- und Aluminiumindustrie gegenüber einer staatlich geförderten europäischen Konkurrenz behoben werden sollen.

Unbestritten ist die Tatsache, dass die besonders energieintensiven Wirtschaftssektoren in der Schweiz unter grossem Kostendruck stehen. Unternehmen, welche die hohen Kosten nicht einfach auf die Kunden überwälzen können, müssen sie selber tragen. Zum Beispiel die Luzerner Swiss-Steel-Gruppe, die sich vor einem Monat gezwungen sah, eine sogenannte Gewinnwarnung an ihre Aktionäre und Gläubiger auszugeben.

Schlechte Zahlen drücken auf den Aktienkurs

Die Erholung der Nachfrage in Europa habe sich in den Sommermonaten nicht wie erwartet eingestellt. Schrumpfende Profitmargen hätten dazu geführt, dass die Rentabilität in den Monaten Juli und August hinter den Vorgaben zurückgeblieben sei. Die Prognose für ein operatives Ergebnis von 160 Millionen bis 200 Millionen Franken im laufenden Jahr müsse man deshalb zurücknehmen.

Was nüchtern tönt, ist für Swiss Steel tatsächlich ungemütlich, denn die Finanzierungskosten des Konzerns stehen in direkter Abhängigkeit zur Höhe des operativen Ergebnisses. Das gilt insbesondere für den Kredit eines Bankensyndikates über aktuell 465 Millionen Franken, dessen Zinssatz an Bedingungen geknüpft ist. So darf das Verhältnis zwischen Nettoverschuldung und operativem Ergebnis eine im Kreditvertrag definierte Bandbreite nicht verlassen. Sonst sind die Banken ermächtigt, den Zins nach oben anzupassen. Ob es so weit kommt, ist völlig unklar. Die Börse scheint es aber zu befürchten, wie der Einbruch des Aktienkurses seit den Sommermonaten um über 16 Prozent auf nur noch gut 10 Rappen suggeriert.

Dementsprechend dramatisch klangen in der parlamentarischen Debatte denn auch die



Für Subventionen für den Stahl von Swiss Steel läuft es rund.

Bild: Christof Arnet

Voten von Ständerat Roberto Zanetti (SP, Solothurn) und Nationalrätin Diana Gutjahr (SVP, Thurgau), welche die erfolgreiche Motion auf den Schlitten gebracht hatten. So war von «strategischer Bedeutung», von «Versorgungssicherheit für die Schweizer Wirtschaft» die Rede und natürlich auch von ganz vielen Arbeitsplätzen: Es gehe um die Zukunft von 20 000 direkt betroffenen Mitarbeitenden und sogar um 100 000 entlang der ganzen Wertschöpfungskette, hiess es. Die Räte nahmen die Einladung, Gutes zu tun, dankbar an und stimmten der Motion mit grosser Mehrheit zu.

Wie die Motionäre auf die vielen, scheinbar unmittelbar gefährdeten Arbeitsplätze kamen, ist freilich kaum nachvollziehbar. Die beiden Stahlwerke Swiss Steel und die zur italienischen Beltrame-Gruppe gehörende Stahl Gerlafingen kommen zusammen auf weniger als 1500 Mitarbeitende in der

«Die Ursache für die Werkschliessungen sind riesige Überkapazitäten.»

Peter Spuhler, 1999
Frisch gewählter Nationalrat

Schweiz. Novelis, die indisch beherrschte Herstellerin von Aluminiumprofilen in Sierre, zählt rund 500 Angestellte, Aluminium Laufen kommt auf deren 250. Gewiss, auch der Verlust von 2000 Arbeitsplätzen wäre schmerzlich, aber eine um den Faktor zehn höhere Zahl tönt doch weit dramatischer.

Peter Spuhler wird zum Subventionsempfänger

1999 fand in Bern eine Subventionsdebatte statt, die jener vom September zum Verwechseln ähnlich war. Mit Peter Spuhler, damals frischgewählter Nationalrat (SVP, Thurgau) und heutiger Hauptaktionär von Stadler Rail sowie Mitaktionär von Swiss Steel, wirkte sogar ein Akteur mit, der sich dem Parlament als entschiedener Subventionsgegner vorstellte. Fast 25 Jahre später wird Spuhler nun zum Subventionsempfänger.

So ging das Theater damals: Adtranz, ein gemeinsames Bahnunternehmen von ABB und Daimler-Chrysler, hatte 1999 den Abbau von 700 Stellen in der Rollmaterialproduktion in Pratteln BL und in Oerlikon ZH bekannt gegeben. Ein Aufschrei ging durchs Parlament. SP-Nationalrat Paul Rechsteiner warnte: «Es wäre eine industriepolitische Schildbürgerei ersten Ranges, wenn die Schweiz ausgerechnet jetzt, wo Zukunftsentwicklungen wie der Neigezug ausführungsfähig werden und der Aufschwung beginnt, tatenlos zusehen würde, wie die produktive Rollmaterialindustrie auf Raten abgewrackt wird.»

Peter Spuhler, Neo-Abgeordneter in der grossen Kammer, trat zum allerersten Mal ans Mikrofon und wandte sich «mehr als Unternehmer denn als Politiker» an den Rat: «Die

Ursache für die Werkschliessungen sind riesige Überkapazitäten in der Branche.» In ganz Europa seien staatlich geförderte Billigstanbieter dabei, den «ohnehin brutalen Verdrängungswettbewerb» weiter zu verzerren. Der «schmerzliche Anpassungsprozess» sei auch in der Schweiz unumgänglich, «und es geht leider nicht ohne Arbeitsplatzabbau».

Die Werkschliessungen wurden noch ein paar Jahre hinausgezögert, dann aber doch umgesetzt. Spuhler, der Stadler Rail 1989 mit 18 Angestellten übernommen hatte, erwies sich als grosser Profiteur. Sein Unternehmen reüssierte international, aber vor allem auch in der Schweiz mit Neuheiten wie dem Getriebezug Flirt und zählt heute mit 4500 Angestellten in der Schweiz und weltweit 13 000 Beschäftigten zu den Gewinnern des von Rechsteiner vorausgesagten Aufschwunges.

Der Kampf um Alusuisse

Eine wie auch immer geartete staatliche Unterstützung von Adtranz, wie sie Teile des Parlaments damals gefordert hatten, wäre der spektakulären Entwicklung von Stadler Rail abträglich gewesen und hätte sie möglicherweise sogar verhindert. Es ist eine ökonomische Binsenwahrheit, dass Subventionen oft das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezwecken.

Auch um die Aufgabe der Produktion von Rohaluminium im früheren Walliser Alusuisse-Werk Steg wurde in der besagten Parlamentsdebatte heftig gestritten. Die um die 100 Arbeitsplätze waren in den 1990er-Jahren erhalten worden, in dem der Kanton Wallis auf eine Besteuerung des in Alu-

suisse-Kraftwerken produzierten Stroms verzichtet hatte. Ein gewisser Nationalrat Christoph Blocher, damals Vizepräsident und Grossaktionär von Alusuisse, wehrte sich heftig dagegen, Alusuisse zu zwingen, die seiner Überzeugung nach ohnehin aussichtslose Aluminiumproduktion fortzusetzen.

Heute wird im Wallis zwar kein Rohaluminium mehr produziert, dafür gibts aber Aluminiumprofile, die auch in die Züge von Stadler Rail Eingang finden. Rund 500 Angestellte produzieren in Sierre diese Profile und das Unternehmen gehört seit vielen Jahren inzwischen dem indischen Novelis-Konzern.

Sowohl die Geschichte von Alusuisse wie auch die Geschichte der Schweizer Eisenbahnindustrie zeigen auf, dass Strukturwandel ohne staatliche Industriepolitik gelingen kann. Deshalb gibt es auch im aktuellen Fall der Stahlindustrie wenig Grund anzunehmen, dass deren Wertschöpfung ohne eine staatliche Hilfe vollständig aus der Schweiz verschwinden würde, wie die Motionäre das Parlament erfolgreich glauben machen konnten.

Aber sicher könnten den Eigentümern und Gläubigern der betroffenen Firmen im derzeitigen Umfeld zusätzliche Verluste erwachsen. Und Peter Spuhler, der neben dem milliardenschweren Automobilimporteur Martin Haefner zu den Grossaktionären von Swiss Steel gehört, weiss, dass er ein unternehmerisches Risiko eingegangen ist und dieses auch selbst tragen muss. Aber auch Unternehmer sind nicht abgeneigt, staatliche Hilfe anzunehmen, wenn sie sich via Lobbying leicht beschaffen lässt.

Post vor Stellenabbau

Service public Die Zahl ist für hiesige Verhältnisse riesig, insbesondere für einen Staatsbetrieb. Bei der Post seien 4000 Stellen «in Gefahr», schreibt das Portal «Inside Paradeplatz» und spricht von einem «Kahlschlag». Was steckt hinter dieser Spekulation? Die Zahl ist durchaus realistisch, wie nun Recherchen dieser Zeitung zeigen. In der Tat könnten an die 4000 Personen ihren Job bei der Post verlieren. Doch anders als von «Inside Paradeplatz» suggeriert, findet der Abbau nicht im Kerngeschäft der Post statt, wie mehrere Quellen bestätigen. Die Jobs werden also nicht bei Brief- oder Paketpost gestrichen, sondern bei der für die Drucksachenzustellung zuständigen Tochterfirma. Die Mehrheit der betroffenen Personen hat, so ist zu vernehmen, nur kleine bis sehr kleine Pensen. In Vollzeitstellen gerechnet dürfte demnach der Stellenabbau deutlich tiefer ausfallen.

Das Geschäft mit gedruckten Werbeerzeugnissen, die direkt in die Briefkästen verteilt werden, schrumpft seit langem. Firmen setzen vermehrt auf digitale Alternativen, und die Haushalte wehren sich mit «Stopp Werbung»-Klebern gegen die Papierflut. Die Post selber will sich zum Artikel auf «Inside Paradeplatz» und den Recherchen von CH Media nicht äussern. «Zu Spekulationen bezieht die Post keine Stellung», heisst es dort. «Wir legen Wert auf eine transparente und umfassende Information und kommunizieren grundsätzlich, wenn entsprechende Themen spruchreif sind.» (fi)

Huber + Suhner: Weniger Aufträge

Elektrotechnik Beim Konzern Huber + Suhner mit Sitz in Herisau und Pfäffikon ZH spürt man den schwächelnden Markt. Der Nettoumsatz der Gruppe ging um 9,1 Prozent auf 666,3 Millionen Franken zurück. Im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Vorjahres ging auch der Auftragseingang deutlich zurück. Er sank von 757 Millionen Franken auf 639 Millionen (-15,6 Prozent).

Einen Einbruch gab es vor allem im Segment Kommunikation. Da sank der Umsatz um 27 Prozent, die Aufträge um 31 Prozent. Dabei spürte der Konzern den schwachen nordamerikanischen Markt aufgrund von auslaufenden 5G-Rollouts. Gleichzeitig sieht Huber + Suhner in diesem Bereich die «Talsohle durchschritten», wie es in der Mitteilung heisst. (mg)

Korrigendum

Der langjährige Syna-Chef und -Präsident Arno Kerst wurde nicht entlassen, wie gestern geschrieben («Neustart mit Nebengeräuschen»). Er hatte seinen Rücktritt angekündigt und wurde dann im Zuge des Machtkampfs mit dem Vorstand frühzeitig freigestellt. (chm)